eute „Technische Rundschau"

erliner Tageblatt u. Handels-Zeitung" erscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-
chenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Dienstag „Modenspiegel", jeden
twoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag „Sportspiegel", jeden Freitag Witzblatt
.K.", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten". Man abonniert bei allen Postanstalten des
tschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs,
giens, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Finnlands; für alle übrigen Staaten
der Bezug nur mit Kreuzbd. durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. 18 M.
chl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatl. 18 M. bei täglich
mal. Zustellung ins Haus. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieh. kein. Anspr.
Nachlieferung oder Erstattung des entsprechend. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei
Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten
alen. (Fernspr.: Zentrum 10131—10144, f. d. Fernverk. 14207—14209.) Tel.-Adr.: „Berlible" Berlin.
ertionspreis: Zeile 12,50 M., Stellen-Gesuche und Familien-Anzeigen 7 M. Nachrufe nach übl. Tarif.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 40 Pf.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Blücherstraße 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswald. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenbg.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnbg. Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schulstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Mart.-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserpl. 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburg. Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

516 • Ausgabe A Nr. 260
gabe für Berlin und Umgegend Nr. 516

Mittwoch, 9. November 1921
50. Jahrgang

Die Notlage der deutschen Städte.

Erklärungen des Berliner Oberbürgermeisters Böß.

m Freitag treten in Berlin die beiden großen deutschen dteorganisationen zu einer Tagung zusammen, die im en einer Notlage steht, wie sie in der Geschichte der deutschen einwesen noch niemals zu verzeichnen gewesen ist. Die Ueberng, daß es mit der **Belastung der Bevölkerung so wie bis nicht weitergehen kann,** ist innerhalb der städtischen Verwal so allgemein und die Ansicht, daß die durch die Neuregelung der lter und Löhne entstehenden Lasten von den Städten nicht aus er Kraft getragen werden können, erschien so selbstverständlich, ie Städte sich zu einer **gemeinschaftlichen Aktion zusammengeschlossen** haben, um der Reichsregierung und dem Reichstag nbedingte Notwendigkeit vor Augen zu führen, auch die Städte bezichen in die Deckungsmaßnahmen, die das Reich bisher nur ch selbst und für die Länder vorgesehen hat.

berbürgermeister Boeß hat gestern Vertretern Presse gegenüber mit allem Nachdruck auf den Ernst der hingewiesen und besonders hervorgehoben, daß mit Tarifungen den steigenden Lasten nicht mehr begegnet werden kann. die bisherigen Steigerungen der Tarife für Gas, Wasser, rizität und Straßenbahn haben in erster Linie zum Nachteil estbesoldeten und der Arbeiter gewirkt, die regelmäßig in dem blick, wo man ihnen Gehalts- und Lohnerhöhungen zuden hat, des Vorteils wieder verlustig gehen, weil ihnen durch f dem Fuße folgende Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung unter den Händen wieder fortgerissen wird, was sie eben erst men haben.

Wir können," erklärte der Oberbürgermeister, „wohl begreifen, ie Städte auch der Geldentwertung folgen müssen, es muß aber Leistungsfähigkeit des einzelnen besser besichtigt werden, als es über die Tarife der Straßenbahn er städtischen Werke und etwa noch die Gewerbesteuer möglich Die Grundsteuer zu erhöhen muß tunlichst vermieden werden, sofort der Mietszuschlag erhöht würde. Dies würde aber gerade wenigsten leistungsfähigen Teile der Bevölkerung am meisten . Die einzige durchgreifende und wirksame Steuerquelle, die mmensteuer, die zugleich der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler sten gerecht wird, hat man aber den Städten entzogen. So nichts anderes übrig, als daß das Reich sich an der Deckung ädtischen Lasten beteiligt.

ch aus **politischen Gründen** sollte die Regierung es sich sehr gen, ob sie bei den Deckungsbeschlüssen die Städte wieder hen soll. Der Winter wird ohnehin sehr schwer werden, besonür die Großstädte und die Industriegebiete. Wenn nun die haltung auch noch durch neue steuerliche und tarifliche Begen weiter erschwert wird, so kann man nicht wissen, wohin die Dinge treiben werden. Eine gewisse Unruhe in der Bevölkerung ist schon zu bemerken. Gerade den Kreisen, die hier in erster Linie gemeint sind, den Festbesoldeten und den Arbeitern, wird die Erhöhung der Preise gar nicht mehr die Möglichkeit lassen, sich für den Winter vorzusehen.

Es ist zuzugeben, daß das Reich und die Länder ebensowenig wie die Gemeinden in der Lage sind, die Summen für eine allgemeine Wirtschaftsbeihilfe zu beschaffen, wenn man bedenkt, daß die 1000-Mark-Beihilfe, die die Berliner städtischen Arbeiter jetzt verlangen, allein 70 bis 80 Millionen Mark ausmachen wird. Das ist aber nur der geringste Teil der kommenden Lasten. Die **Erhöhung der Beamtengehälter** beläuft sich auf 180 Millionen, die der **Stundenlöhne der städtischen Arbeiter auf 300 Millionen Mark jährlich.** Entsprechende Ausgaben stehen auch den anderen Städten bevor. Für diese Aufwendungen muß vom Reich volle Deckung verlangt werden, und der Vorstand des Deutschen Städtetages hat bereits schriftlich bei der Regierung den Antrag auf volle Deckung gestellt. Darüber hinaus haben aber die Städte eine so ungewöhnliche Maßnahme wie einen außerordentlichen Städtetag für nötig gehalten, um zu erreichen, daß das Reich sich ihrer annimmt. Wir rechnen, schloß der Oberbürgermeister, bestimmt damit, daß diese Tagung Erfolg haben und ihr Ziel erreichen wird."

In der sich anschließenden Unterhaltung herrschte Uebereinstimmung dahin, daß bei Verweigerung der Hilfe durch das Reich der Straßenbahntarif voraussichtlich von 1 Mark auf 1,50 Mark, ebenso der Elektrizitätstarif für die Kilowattstunde um weitere 50 Pfennig und auch der Gastarif entsprechend erhöht werden müßte. Für die bisherige Verweigerung der Reichshilfe, die durch persönliche Vorstellungen beim Reichskanzler und allen in Betracht kommenden Ministern nachgesucht worden ist, wurde das teilweise Versagen der Organisation der Reichsfinanzverwaltung verantwortlich gemacht. Der Oberbürgermeister gab der Ansicht Ausdruck, daß den Städten bedeutend wirksamer hätte geholfen werden können, wenn das Reich seine Steuern in schnellerem Tempo hereingebracht hätte. Das hätte geschehen können, wenn die Organisation der Steuereinziehung unter verständiger Heranziehung der städtischen Verwaltungen geschaffen worden wäre. Letzten Endes verdanken wir unsere Notlage freilich, so betonte der Oberbürgermeister mit besonderem Nachdruck, den **Forderungen der Entente.** Hier aufklärend zu wirken, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Reiches. Die Sachverständigen der Entente kennen leider unsere Notlage nur sehr wenig. Ihnen bietet sich in der Regel nur dasjenige Bild von Berlin, das man Unter den Linden oder in der Tauentzienstraße oder dem Kurfürstendamm vor Augen hat. Mögen sie nach dem Norden oder Osten gehen, dort sieht es anders aus.

Europäische Finanzprobleme und die Konferenz in Washington.

Von unserem Korrespondenten
Dr. Friedrich Glaser.

Washington, Ende Oktober.

Während die breitere Oeffentlichkeit sich mit den Eröffnungsfeierlichkeiten der Konferenz beschäftigt, die mit der Bestattung eines unbekannten amerikanischen Kriegsgefallenen beginnen sollen, finden zwischen der Regierung in Washington, den beteiligten fremden Regierungen und New-Yorker Finanzkreisen Verhandlungen statt, die für die Welt und jedenfalls für Deutschland von weit unmittelbarerer Bedeutung sind als die erstrebten Vereinbarungen im fernen Osten oder die Versuche, auf weniger festem Boden eine Begrenzung der Rüstungen zu erreichen, an die namentlich im Westen Amerikas noch immer Hoffnungen auf eine allgemeine Abrüstung geknüpft werden. Bis vor kurzem noch war der Vorschlag, eine Erörterung der europäischen Finanzlage in das Programm der Konferenzverhandlungen aufzunehmen, in Washington nicht mit günstigen Blicken betrachtet worden. Da jede Erörterung der europäischen Finanzprobleme die Frage nach dem schließlichen Schicksal der Europa gewährten Anleihen aufwirft, und da die Stimmung der Wähler — nicht nur im Westen — ganz offensichtlich weiteren Opfern seitens der Vereinigten Staaten abgeneigt ist, entschied man sich in Washington zunächst gegen eine Behandlung dieser Fragen auf der kommenden Konferenz, in der Absicht, die Diskussion des europäischen Finanzproblems zu einer geeigneteren Zeit wieder aufzunehmen.

In der Tat zeigten sich weder die Meinungsäußerungen des Senats während der Erörterung des Sondervertrags mit Deutschland, noch die des Repräsentantenhauses während der Diskussion des Gesetzentwurfs zur Einsetzung eines besonderen Ausschusses, welcher die Fundierung der dem Ausland während des Krieges gewährten Anleihen überwachen soll, dem Vorhaben günstig, die Frage einer gänzlichen oder teilweisen Streichung der europäischen Schulden bereits auf der Novemberkonferenz zu erörtern. Inzwischen ist jedoch der Friedensvertrag mit Deutschland mit einer größeren Mehrheit ratifiziert worden, als ursprünglich erwartet worden war. Gleichzeitig hat der während der letzten Wochen eingetretene Sturz der Mark sowie die Erörterung über die Schwächung der deutschen Kaufkraft infolge der fortschreitenden Verschlechterung der deutschen Valuta auch weiteren Kreisen in den Vereinigten Staaten außerhalb des unmittelbaren Einflußbereichs der europäisch orientierten Ostküste zum Bewußtsein gebracht, daß eine Politik des weiteren Gehenlassens Amerika selber schließlich zu schwerem Schaden gereichen werde. Auf solche Folgen haben auch die in letzter Zeit aus Europa zurückkehrenden Mitglieder der New-Yorker Hochfinanz aufmerksam gemacht. So ist von verschiedenen bekannteren Bankiers auf die allgemeine politische Unsicherheit in Europa infolge der unmöglichen Bestimmungen der verschiedenen Friedensverträge, sowie auf die Unausführbarkeit der Wiedergutmachungsbestimmungen des Versailler Vertrages hingewiesen worden. Der Rücktritt des deutschen Kabinetts und die jüngsten Abenteuer des früheren Kaisers Karl haben diese Warnungen bestätigt und helfen zu der Erkenntnis, daß angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage Europas ein längerer Aufschub der Revision der Pariser Vereinbarungen ein sehr riskantes Unternehmen sei, und daß die Konferenz in Washington so weit als tunlich zu verbessern suchen müsse, was in Paris verfehlt worden sei.

Augenblicklich kann es sich natürlich nur um eine Andeutung der Richtung handeln, in welcher sich diese Verbesserungsvorschläge bewegen werden. Als sicher kann jedenfalls angenommen werden, daß die amerikanische Regierung mit den Vertretern der alliierten Regierungen im Lauf der Verhandlungen der Konferenz die Frage der Kriegsanleihen erörtern wird, und daß in diesem Zusammenhang die Frage der Notwendigkeit der französischen Rüstungen und die Fähigkeit Deutschlands, die stipulierten Entschädigungszahlungen zu leisten, erörtert werden wird. Welcher Art das schließliche Ergebnis solcher Erörterungen sein wird, kann selbstverständlich heute niemand voraussagen. Vorschläge, die gerüchtweise in Verbindung mit diesem Plan genannt werden, sind zu unklar, um näherer Beachtung wert zu sein. Unter solchen Vorschlägen ist beispielsweise der zu nennen, daß Frankreich, falls es sich zu einer Beschränkung seiner Rüstungen verstehe, für jede Wiedergutmachungszahlung, die ihm seitens Deutschlands nicht geleistet werde, ein entsprechender Betrag von seinen den Vereinigten Staaten geschuldeten Anleihen gutgeschrieben werde. Da jedoch die Gesamtverschuldung Frankreichs gegenüber der amerikanischen Regierung einschließlich rückständiger Zinsen rund 3,635 Millionen Dollar beträgt, so könnte die Verwirklichung dieses Vorschlages höchstens eine zeitweilige Erleichterung der deutschen Verpflichtungen, nicht aber eine Lösung des Wiedergutmachungsproblems selber bedeuten. Wie gesagt, steht aber über diese Einzelheiten noch nicht das ge-

Ueble Gewohnheiten.

ur Ankunft der Reparationskommission in Berlin.

s parlamentarischen Kreisen wird uns gen:

nläßlich der bevorstehenden Ankunft der Reparationsission wurde in Zeitungsmeldungen vorbereitend darauf iesen, daß die fremden Unterhändler nicht nur mit hen Regierungsstellen, sondern auch mit privaten önlichkeiten Fühlung nehmen wollen, um er die deutschen Zustände zu informieren. Es muß bei Gelegenheit auf die beschämende Erscheinung hingewiesen n, daß in einer Zeit, wo die Führer der deutschen Politik größten Schwierigkeiten gegenüberstehen, gewisse tische und journalistische Kreise es sich zur hnheit gemacht haben, fremden Politikern, die Deutschesuchen, und gerade auch solchen aus den ehemaligen chen Ländern, zur Verfügung stehen, wenn diese sich ie Verhältnisse in Deutschland oder über die Ziele der hen Politik zu informieren wünschen. Das Ein- und gehen bei fremden Missionen oder bei genotablen Persönlichkeiten ist nachgerade zu einem Sport den, wobei sich der unselige Hang der Deutschen aus- Politik unter einer ganz bestimmten Option für einen ndischen Staat zu betreiben, so daß die einen dem Lande ch zu dienen vermeinen, daß sie englischen Persönlichkeiten Wissenswerte über Deutschland mitteilen, während wieder ihre Ehre darein setzen, diese Informationen über Frankreich auszuüben. Es ist unseres Erachtens flicht der politischen Fraktionen und auch jeder verantchen Redaktionsleitung, daß sie diesem schädlichen und rdigen Treiben, so weit es ihnen irgend möglich ist, t gebieten und einen Zustand beseitigen, der es jedem en gestattet, zur Verteidigung einer Deutschland meistens chen These sich auf die oft unkontrollierten und unkonrbaren Mitteilungen deutscher Persönlichkeiten zu be-

Eine verantwortliche und einheitliche Führung von ndlungen, insbesondere von Angelegenheiten, von denen nze Entwickelung Deutschlands abhängt ist nicht mögenn in hundert Kanälen unmaßgebliche Meinungen und aus deutschen Quellen auf die Mühlen fremder Polileitet werden."

Reichskabinett und Devisenverkehr.

Zustimmung zum Gesetzentwurf des Wirtschaftsministers.

Wie verlautet, hat das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung dem vom Reichswirtschaftsministerium eingebrachten Gesetzentwurf über den Verkehr mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten seine Zustimmung erteilt. Der wesentlichste Inhalt des Gesetzentwurfes ist folgender:

„1. Der Handel mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten soll von nun ab an die Banken gebunden sein. Also nur durch die Vermittlung von Banken und Bankiers können in Zukunft Devisen- und ähnliche Geschäfte abgeschlossen werden.

2. Die Banken sind verpflichtet, von jedem, der mit ihnen ein Devisen- oder ähnliches Geschäft eingehen will, eine genügende Legitimation zu verlangen.

3. Die Banken sind verpflichtet, über jedes abgeschlossene Devisen- oder ähnliche Geschäft nach Höhe, Kurs usw. einen Schlußschein auszustellen. Dieser Schlußschein muß von den Banken dem betreffenden Finanzamt desjenigen, der ein Devisengeschäft eingegangen ist, überwiesen werden. Die Finanzämter nehmen dann ihrerseits die überwiesenen Schlußscheine zu den Steuerakten."

Der Gesetzentwurf wird binnen kurzem dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen.

Devisenmonopol in Jugoslawien.

(Telegramm.)

Graz, 8. November. (W. T. B.)

Die „Tagespost" meldet aus Belgrad: Der Ministerpräsident Paschitsch überreichte dem König seine formelle Demission. Der König hat sie nicht angenommen und sprach der Regierung sein Vertrauen aus. Mit Rücksicht auf den rapiden Sturz des Dinarkurses wird in hiesigen Handelskreisen und im Finanzministerium die Frage eines Moratoriums wieder in Erwägung gezogen. Der Finanzminister wird einen Antrag einbringen, wonach der **Handel mit Devisen und Valuten Monopol werden soll.**